



Die Außenpolitik gegenüber den Vereinigten Staaten und Kanada

Günter Bischof und David M. Wineroither

Zusammenfassung

Die österreichische Außenpolitik gegenüber den Vereinigten Staaten ist gekennzeichnet durch das Verhältnis eines Kleinstaates zur hegemonialen Supermacht. Das Verhältnis zur Mittelmacht Kanada findet hingegen eher auf Augenhöhe statt. Zwar sind die Beziehungen zu den USA durchwegs gut, jedoch hat die Relevanz Österreichs für die USA stetig abgenommen. In den Beziehungen zu Kanada gibt es wichtige Schnittmengen, vor allem im Bereich des Engagements in internationalen Institutionen, jedoch ebenfalls Spannungspunkte.

1 Einleitung

Welche Außenpolitik verfolgt Österreich gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und Kanada? Diese Frage ist für beide Länder sehr unterschiedlich zu beantworten. Auf der einen Seite prägt ein starkes Machtgefälle die Beziehungen zwischen Österreich und den USA. Während der Jahre der Besatzungszeit (1945–1955) waren die bilateralen Beziehungen sehr eng – vor allem legten die USA alles daran, eine

G. Bischof (✉)

Department of History, University of New Orleans, New Orleans, LA, USA

E-Mail: gjbischo@uno.edu

D. M. Wineroither

Institut für Governance und Public Policy, Nationale Universität für öffentliche Verwaltung,
Budapest, Ungarn

E-Mail: Wineroither.David@uni-nke.hu

© Der/die Autor(en) 2023

M. Senn et al. (Hrsg.), *Handbuch Außenpolitik Österreichs*,

https://doi.org/10.1007/978-3-658-37274-3_29

drohende „Sowjetisierung“ Österreichs zu verhindern. In den Jahren nach dem Staatsvertrag blieben die Beziehungen sehr eng, was auch daran zu erkennen war, dass die USA nach wie vor Top-Diplomat*innen als Botschafter*innen nach Wien schickten. Von den 1960er-Jahren bis zum Ende des Kalten Krieges 1989 wurde Österreich von den USA zwar als Brückenbauer und Ort der diplomatischen Begegnung geschätzt, jedoch verschlechterte sich das Verhältnis zusehends und nicht zuletzt aufgrund außenpolitischer Aktivitäten in der Ära Kreisky.

Nach dem Ende des Kalten Krieges und Österreichs EU-Beitritt im Jahr 1995, wurde in der Wiener Außenpolitik Brüssel wichtiger als Washington und die Beziehungen zu den USA erreichten während der Präsidentschaft von George W. Bush („Bush II“) einen neuen Tiefpunkt als Wien sich gegen die Intervention in Irak positionierte. Seither dämmern die bilateralen Beziehungen dahin. Während Österreich den Botschafterposten in Washington nach vor mit den besten Karrierediplomat*innen besetzt, entsendet Washington keine *career diplomats* sondern *campaign donors* als Botschafter*innen nach Wien.

Auf der anderen Seite interagiert Österreich mit Kanada mehr auf Augenhöhe. Kanada ist, im Kern auch seinem Selbstverständnis nach, eine Mittelmacht auf dem internationalen Parkett¹. Als solche ist sie für Wien oftmals eine Verbündete in „weichen“ Globalfragen. Damit einher gehen zwei Eckpunkte, die das Verhältnis zu einem fernen und befreundeten Nischen-Player wie Österreich konturieren: erstens ein Puffer in „harten“ Fragen (inter-)nationaler Interessendurchsetzung und zweitens ein geteilter Hang zum Aufbau multilateraler (Verhandlungs-)Regime (von Bredow 2003).² Ferner liegt eine indirekte Beeinflussung durch die Gemeinsamkeit eines „Großen Bruders/Cousins“, eines ungleich mächtigeren, kulturell nahestehenden Nachbarn vor: (a) der USA im Falle Kanadas besonders unter konservativ geführten Regierungen und (b) Deutschlands im Falle Österreichs und verwässert im Zuge von EU-Beitritt und EU-Osterweiterung.

2 Das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika

2.1 1945–1959 – Unterstützung und Neutralitätskepsis

US-Truppen befreiten Teile von Österreich (Tirol, Salzburg, Oberösterreich) im Mai 1945 und besetzten Salzburg, Oberösterreich südlich der Donau (inkl. Linz), und einen Sektor in Wien im Laufe des Sommers. Die Amerikaner versuchten eine gründliche Entnazifizierung

¹Zum Konzept der Mittelmacht siehe Robertson (2017) sowie Hey (2003, 3).

²Ein solcher Zugang prägt insbesondere die liberaldemokratisch geführten Kabinette wie jenes des gegenwärtigen Amtsinhabers Justine Trudeau, erkennbar unter anderem an der Haltung zum BREXIT oder der Impfkampagne des Landes.

des Landes durchzusetzen. Im Jahr 1946 übergaben die vier Besatzungsmächte diese Agenda an die österreichische Regierung, die die Entnazifizierung hinauszögerte und 1948 mit Ausbruch des Kalten Krieges aufgab. Die US-Politik konzentrierte sich in der Frühphase der Viermächtebesetzung Österreichs auf den Zusammenhalt in der „Grossen ÖVP-SPÖ Koalition“ zur Erzeugung politischer Stabilität im Land und auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau, um dem armen, hungrigen Land aus der wirtschaftlichen Not herauszuhelfen. Als die Sowjets 1945/1946 das sogenannte „Deutsche Eigentum“ beschlagnahmten und in die Holding „USIA“ überführten, übergaben die USA ehemalige deutsche Kriegsindustrien an die österreichische Regierung „zu treuen Händen“. Diese wurden verstaatlicht und dann später mit Marshallplan „Counterpart“ Investitionen ausgebaut (Bischof 1999).

Armut und Hunger charakterisierten Österreichs unmittelbare Nachkriegszeit. Zuerst brachte die US Armee Lebensmittel ins Land, um den Menschen das Überleben zu sichern. Ab 1946 war es die United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA), die Österreich mit Lebensmitteln versorgte. Auch private Aktionen wie die „CARE Packages“ halfen zahlreichen Menschen. Als die Ost-West-Auseinandersetzungen härter wurden, galt Österreich als eines vom Kommunismus besonders gefährdetes Land. Zwei Überbrückungsprogramme des Kongresses halfen Österreich über die Runden. Ab Mitte 1948 erhielt Österreich Marshallplan (European Recovery Program, ERP)-Hilfe. Mit der amerikanischen Marshallplan-Hilfe, die Milliarden an „Counterpart Funds“ für Investitionen in allen Wirtschaftsbereichen (Industrie, Land- & Forstwirtschaft, Tourismus) generierte, gelangte Österreich zu neuem Wohlstand (Bischof und Petschar 2017).

Nach dem Marshallplan (1948–1952) konzentrierte sich die amerikanische Politik auf die geheime Wiederbewaffnung Österreichs und den Abschluß des Staatsvertrages. Nach dem sogenannten „kommunistischen Putschversuch“ im Herbst 1950 betrieb vor allem der amerikanische Hochkommissar die „geheime Wiederbewaffnung“ von Österreich. Die sogenannte „B-Gendarmerie“ wurde als Kern eines zukünftigen Bundesheeres ausgebildet. Die Amerikaner wollten keinen Staatsvertrag unterzeichnen, solange Österreich nicht für die Verteidigung des Landes nach Abzug der westlichen Besatzungstruppen vorbereitet war. Nach Josef Stalins Tod und Dwight D. Eisenhowers Wahl zum Präsidenten kam Bewegung in die Staatsvertrags-Verhandlungen. Nikita Chruschtschow verhalf den Verhandlungen 1955 mit seinem Zugeständnis, das Land zu neutralisieren, zum Durchbruch. Im Mai wurde der Staatsvertrag unterzeichnet und im Oktober zogen die letzten Besatzungstruppen ab; das Parlament erklärte die immerwährende Neutralität des Landes (Stourzh 1998; Bischof 1999; Rathkolb 1997).³

In den folgenden Jahren wurde Österreichs Neutralität in der internationalen Arena getestet. Das neu aufgestellte Bundesheer wurde während der Invasion Ungarns durch die UdSSR an die Grenze verlegt und schlug sich hauptsächlich mit Flüchtlingen aus Ungarn herum, von denen zehntausende kamen – die meisten wanderten bald in die USA

³ Siehe hierzu den Beitrag von Martin Senn in diesem Handbuch.

aus. Vizepräsident Richard Nixon kam zum Lokalausweis und zur Hilfestellung der USA zu den Ungarn-Flüchtlingen im Dezember 1956 nach Österreich (Richter 2019).

Während der Libanonkrise 1958, untersagte Bundeskanzler Julius Raab (ÖVP) amerikanische Überflüge (McIntosh 1996). Die bislang pro-westliche Neutralitätspolitik mußte sich nun glaubwürdiger zwischen West und Ost orientieren. Die Amerikaner machten auch Druck auf die österreichische Regierung, Restitutionen an die westlichen Ölfirmen und an jüdische Opfer zu bezahlen. Ende 1950er-Jahre waren die Beziehungen deshalb angespannt (Rathkolb 1997).

2.2 1960–1989 – Langsame Abkühlung der Beziehungen

In der zweiten Hälfte des Kalten Krieges übte Österreich eine aktive Neutralitätspolitik aus, die nicht immer im Interesse Washingtons war. Außenminister Bruno Kreisky (SPÖ, 1959–1966) vermittelte in der Berlinfrage zwischen seinem Freund, dem Berliner Bürgermeister Willi Brandt, und Chruschtschow. Er wollte mit seiner eigenen „Ostpolitik“ bessere Beziehungen zu den kommunistischen Nachbarn aufbauen (Rathkolb 1995). 1961 trafen sich Nikita Chruschtschow und der neue amerikanische Präsident John F. Kennedy in Wien. Chruschtschow hatte im Jahr zuvor 12-Tage lang Österreich besucht und wurde willkommen geheißen. Kennedy meinte, Wien sei eine Stadt, die „Symbol war für das Finden von gerechten Lösungen“. Weil sich die Mächte in der Berlin-Frage nicht einigen konnten, baute das Ulbricht-Regime im August die Berliner Mauer, um den Flüchtlingsstrom von Ostdeutschen in den Westen zu stoppen (Bischof und Kofler 2011).

Im Jahre 1961 machten die USA auch eine große Konzession an die Raab-Regierung als sie 11 Mrd. Schilling an ERP-Gegenwertkonten, die aus dem Marshallplan lukriert wurden, an Österreich übergaben. Damit wurde 1962 der sog. „ERP-Fonds“ eingerichtet, der bis zum heutigen Tage „ERP-Kredite“ an die österreichische Wirtschaft vergibt (Bischof und Petschar 2017). In den folgenden Jahren engagierte sich Österreich in der Entspannungspolitik, ganz im Interesse der USA.

Bis 1969 schickte Washington immer Top-Diplomat*innen des State Department nach Wien, danach waren es meist „politische Ernennungen“ von wohlhabenden Leuten, die Präsidenten in Wahlkämpfen finanziell unterstützten (*political appointees*). So verhandelte Llewelyn „Tommy“ Thompson, einer der Top-Sowjetexperten im State Department, als Botschafter in Wien (1952–1957) den Abschluss des Staatsvertrages mit (Bischof 2013). Eine gewisse Abwertung Österreichs hatte sich bereits 1961 in den *Foreign Relations of the United States* (FRUS) Bänden, der offiziellen Dokumentation der amerikanischen Außenpolitik, abgezeichnet. Bis 1960 erschien Österreich in der FRUS-Dokumentation zusammen mit Deutschland, ab 1961 in den Bänden zu Osteuropa (Department of State 1993, 1994).

1972 und 1974 wählt Präsident Richard Nixon Salzburg als Zwischenstopp auf Reisen nach Moskau und in den Nahen Osten aus. Nixon hatte bereits 1947 als ein

Kongressabgeordneter auf einer *fact finding mission* für den Marshall Plan Wien besucht und dann wiederum im Dezember 1956 als Vizepräsident nach der Ungarnkrise. In einem Telefongespräch mit seinem Nationalen Sicherheitsberater Henry Kissinger sprach er von a „very close relationship with Austria from a personal standpoint“. Zudem lobte er die Österreicher*innen: „hell, they love Americans in Austria, they really do“ (Richter 2019). Ansonsten wurde Kreiskys Nahostpolitik und die Schließung des Flüchtlingslagers Schönau als Durchgangsstation für sowjetische Jüd*innen nach Israel nach einem Terroranschlag in Marchegg in Washington argwöhnisch beobachtet (Schröck 2002; Aschheim 2022). Das neutrale Österreich spielte auch eine wichtige Rolle im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) im „Helsinki Prozess“ (Gilde 2013). Im Juni 1979 kam Präsident Jimmy Carter zu einem Gipfel mit Brezhnev nach Wien, um den SALT II Vertrag zu unterschreiben. Der neutrale Boden Österreichs hatte sich in diesem Abschnitt des Kalten Krieges als „Ort der Mitte“ etabliert (Gehler 2005).

In den 1980er-Jahren gelangten die U.S.-österreichischen Beziehungen an einen Tiefpunkt. Bundeskanzler Kreisky (SPÖ) kritisierte den neuen amerikanischen Präsident Ronald Reagan und seine Politik gegenüber der Gewerkschaft „*Solidarnoscz*“. Dann wurde der Technologietransfer Österreichs in den Ostblock durch die Reagan-Administration beklagt. Der absolute Tiefpunkt wurde erreicht, als der neu-gewählte Präsident Kurt Waldheim, von Reagan’s Justizminister wegen seiner Kriegsvergangenheit auf die sogenannte Watchlist gesetzt wurde und nicht mehr in die USA einreisen durfte. In Österreich machte man sich große Sorgen über das ramponierte Image des Landes in den USA (Schröck 2002). Kreiskys vernichtendes und arrogantes Urteil über Reagan im zweiten Memoirenband *Im Strom der Politik*: „Das ist ein Mann von profunder Unbildung“ (zit. in Schröck 2002, 52).

2.3 1990–2020 – innenpolitische Konstellationen und Außenpolitik

Das Ende des Kalten Krieges kam auch für Österreich überraschend – man war unvorbereitet. In Wien wurde zur selben Zeit der Brief nach Brüssel vorbereitet, mit dem Inhalt der Europäischen Gemeinschaft beizutreten. 1989 kam es an Österreichs Grenze zu Ungarn zu dramatischen Vorfällen mit dem Fall des Eisernen Vorhanges. In den folgenden Jahren wurde der EG/EU-Beitritt 1995 vorbereitet, wobei die Neutralität ein gewisses Hindernis darstellte. Zudem wurde die Neutralität in der Krise des Zerfalls von Jugoslawien geprüft, vor allem mit Österreichs rascher Anerkennung des neuen Staates Kroatien. In der Bosnien- und Kosovokrise benutzte Washington Österreicher*innen immer wieder für ihre „guten Dienste“ – Altbundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) und Botschafter Wolfgang Petritsch wurden als Vermittler der internationalen Gemeinschaft eingesetzt (Bischof 2013). Der undankbare Präsident George W. Bush nannte

diese Vermittler später „washed-up diplomats rather than [Europe’s] best and brightest“ (Bischof 2013, 26). Der Aufstieg von Jörg Haider’s FPÖ zur zeitstärksten Partei in Österreich und sein salopper Umgang mit der „Nazi-Vergangenheit“ des Landes erregten viel Aufmerksamkeit in den USA.

Zwischen 1999 und 2004, in den Jahren als Peter Moser Botschafter in Washington war, kam es immer wieder zu großen Spannungen im Verhältnis USA zu Österreich und Österreichs Image bei den Amerikaner*innen litt darunter. Im Jahre 2000 schloß sich die Clinton-Regierung nicht dem EU-Boycott der neuen und kontroversen ÖVP-FPÖ-Regierung unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) an. US-Botschafterin Catherine Hall wurde aber immer wieder zu Konsultationen nach Washington berufen. In der US-Presse und im Kongress gab es heftige Kritik an der populistischen Politik vom FPÖ-Chef Jörg Haider, was als Anlaß genommen wurde Österreichs vergeßlichen Umgang mit der Zweiten Weltkriegsvergangenheit zu brandmarken. Botschafter Moser hatte alle Hände voll, die „verheerenden“ Auswirkungen auf Österreichs Image in den USA abzuwehren (Bischof 2014, 32; Moser 2011). In den Fragen der Restitutionen an Zwangsarbeiter*innen und Jüd*innen wurde in den letzten Tagen der Clinton-Regierung unter der Führung von Stuart Eizenstat große Fortschritte gemacht (Moser 2011).

Während der Regierungszeit von George W. Bush kam es wiederum zu großen Spannungen mit Wien. Dabei hatten die Österreicher*innen, den USA gegenüber nach den Angriffen auf New York und Washington am 11. September 2001 große Sympathie und Anteilnahme gezeigt (Reiter 2011). Österreich und seine Bevölkerung waren jedoch sehr kritisch gegenüber G.W. Bush und den Krieg gegen den Irak (Keene 2015). Österreich nahm nicht an der „Koalition der Willigen“ Teil, die Bush im Irak unterstützten. Der Verteidigungsminister Donald Rumsfeld machte sich hierauf über das „alte Europa“ lustig, nämlich die Europäer, die dem Irakkrieg fernblieben (Deutschland, Frankreich, Belgien, Österreich) (Keene 2015). Trotzdem besuchte Präsident Bush 2006 Wien für einen Tag, als Österreich den EU-Vorsitz hatte (Bischof 2013; Moser 2011, 146–154).

Nach Bush und Donald Trump begrüßten die Österreicher*innen die Präsidenten Barak Obama und Joseph Biden warmherzig. Mit den liberalen Präsidenten der Demokraten hatte man bessere Beziehungen als mit den erst Richtung Neokonservatismus und dann Rechtspopulismus tendierenden Republikanern.

3 Österreich-Kanada: Viel Gleichklang in „weichen“ Globalfragen

3.1 Kleinstaat und Mittelmacht im (teilweisen) Gleichklang

In den österreichisch-kanadischen Beziehungen gibt es mehr Kontinuität als in den österreichisch-amerikanischen. Deshalb sind die folgenden Abschnitte zu den Ersteren nicht chronologisch geordnet, sondern thematisch.

Auf der politischen Weltbühne, im Rahmen des Ringens und der Akzentsetzung in internationalen Institutionen, ist durchgehend von einem prinzipiellen Gleichklang in den Zielsetzungen Österreichs und Kanadas zu sprechen. Das gilt besonders für die Hochzeit internationaler Besuchs- und Gipfeldiplomatie in den 1970er-Jahren. Kanada, mit dem die Zweite Republik im Jahre 1952 diplomatische Beziehungen aufnahm, teilt etwa das Engagement Österreichs im Bereich Peacekeeping: Zwar setzen beide Länder naturgemäß unterschiedliche regionale Akzente. Überschneidungen im Sinne einer Teilhabe an denselben Missionen sind aber sowohl für die Vergangenheit als auch die Gegenwart festzuhalten, beginnend mit dem „Debüt“ der Zweiten Republik, der Operation der Vereinten Nationen im Kongo (ONUC) im Jahr 1960, bis hin zur Kosovo-Truppe (KFOR) im Kosovo (seit 1999) und der ebenso andauernden Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) (seit 2018). Wechselseitige Unterstützung fanden vielfach Bewerbungen um internationale Vertretung, beispielsweise um einen Sitz als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen: Österreich war bislang drei Mal in diesem zentralen Gremium vertreten (1973/1974, 1991/1992, 2009/2010; sowie zusätzlich zwei Mal im Menschenrechtsrat, 2011–2014 und 2019–2021), das privilegierte Kanada (Commonwealth-Sitz) bereits acht Mal.⁴

Dieser Gleichklang in der außenpolitischen Anlage beider Länder trägt allerdings nicht weit über den Radius „weicher“ Angelegenheiten hinaus (Interview Riedel 2021). Man findet dieses Band der Übereinstimmung in Fragen der Umwelt-, Energie- oder Sicherheitspolitik auch rasch zerrissen: So nahm Österreich zwar an der Seite Kanadas eine bedeutsame, prestigeträchtige Rolle in der Entwicklung des Konzepts der „Humanitären Sicherheit“ (z. B. verknüpft mit Anstrengungen zur Ächtung von Landminen) ein. Der „Kleinstaat Österreich“⁵ (Interview Lichem 2021) brachte sich an prominenter Stelle darüber hinaus in der sogenannten „Humanitären Initiative“ ein, die im Rahmen der Generalversammlung der Vereinten Nationen (und außerhalb der VN) den Weg zum „Vertrag über das Verbot von Kernwaffen“ (*Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons*, TPNW) bereitete⁶. Der Kreis der offiziellen bzw. faktischen Atom-mächte blieb jedoch bereits in der Verhandlungsphase außen vor; dies galt auch für die

⁴Das aktuelle Regierungsprogramm von Schwarz-Grün (Kabinett Kurz II bzw. Nehammer I) beinhaltet das Vorhaben einer erneuten Bewerbung für die Periode 2027/2028. Die Bewerbung Kanadas unter dem konservativen Premier Stephen Harper unterlag jener Deutschlands und Portugals 2010 samt der Stimme Österreichs. Kanada wiederum pflegt unter anderem die Achse „CANZ“ (Kanada, Australien, Neuseeland).

⁵Erst Ende der 1990er-Jahre ergab sich nach einer langen Pause von knapp fünfzehn Jahren ein hochkarätiger Besuchsreigen: Vizekanzler und Außenminister Wolfgang Schüssel (ÖVP) machte seine Aufwartung in Kanada, gefolgt von einer Wien-Visite des kanadischen Generalgouverneurs als Vertreter des Monarchen/der Monarchin ein Jahr später.

⁶Siehe hierzu den Beitrag von Alexander Kmentt in diesem Handbuch.

Gesamtheit der NATO-Staaten mit Ausnahme der Niederlande: Weder unterzeichnete Kanada noch hatte es am Verhandlungstisch Platz genommen.⁷

Ein Teil der Dissonanzen (Stichwort Klimawandel) geht auf das Konto unterschiedlicher Regierungszusammensetzung: Die Regierungschefs seit der Jahrtausendwende entstammten nur zwei Jahre lang (2015–2017) derselben Parteienfamilie. Hinter unterschiedlichen Merkmalen der politischen Persönlichkeit der Akteure verbergen sich teils handfeste ideologische Kontraste (Calonego und Mittelstaedt 2020): Während (links-) liberal geführte Regierungen in Kanada einen multilateralen Ansatz verfolgen, lehnen sich konservative Pendanten bevorzugt und mitunter eng an die US-Administration des Tages an (Interview Lichem 2021; Thunert 2003). Sichtbar wurde die ideologische Relevanz jüngst auch mit Blick auf den UN-Migrationspakt: Die liberale Trudeau-Regierung rührte die Werbetrommel für eine möglichst breite internationale Akzeptanz, wohingegen das schwarz-blaue Kabinett Kurz I mit seiner Absage einer mittelgroßen Absatzbewegung voranschritt (Kalvapalle 2018). Demgegenüber treten institutionelle Faktoren wie der unterschiedlich ausgestaltete, aber in beiden Ländern präsente Föderalismus als Erklärungsmoment außenpolitischer Orientierung zurück.⁸

3.2 Außenwirtschaftspolitik

Eines innenpolitischen Kraftaktes bedurfte jenes Vorhaben, das die seltenen Schlagzeilen mit Bezug auf Kanada die zweite Hälfte der 2010er-Jahre dominiert hatte: Die parlamentarische Ratifizierung des Handelsabkommens „Comprehensive Economic and Trade Agreement“ (CETA) geriet zeitweise zu einer Streitfrage ersten Ranges (APA 2020).⁹ Zeitgleich mit dem Abschluss der CETA-Verhandlungen auf Unionsebene hatten beide Seiten, das heißt wiederum im EU-Rahmen, im Oktober 2016 ein Strategisches Partnerschaftsabkommen unterzeichnet.¹⁰ Juristisch und politisch abgeschlossen wurde

⁷Die kanadische Botschaft in Wien fungiert seit geraumer Zeit als NATO-Kontaktstelle für Österreich.

⁸Beide politischen Systeme bewegen sich in der Demokratiepraxis aufeinander zu: Kanadas majoritäres Westminster-Regierungssystem wird zunehmend ergänzt um konsensdemokratische Elemente, die Konsensdemokratie Zweite Republik angereichert um konfliktdemokratische Elemente (Wineroither 2010).

⁹Daneben diskutieren die politischen Akteure in Österreich – wie in anderen europäischen Ländern auch – seit etlichen Jahren die Vorbildwirkung des kanadischen Immigrationswesens: Die den Zuzug von Schlüsselarbeitskräften organisierende Rot-Weiß-Rot-Card orientiert sich an dem dort zuerst angewandten Punktesystem. Überhaupt stellte Kanada wiederholt ein wichtiges Ziel-land für österreichische Emigrant*innen dar (Strutz 2011). Auch wanderten viele Ungarn-Flüchtlinge des Jahres 1956 aus Österreich dorthin weiter.

¹⁰Jean-Claude Juncker schüttete ob dieser Erfolgsmeldung Wasser in den Wein: Der seinerzeitige Kommissionspräsident erblickte in der Handelspolitik weniger ein Instrument der Außenpolitik als vielmehr ein Surrogat von (gemeinsamer) Außenpolitik (Juncker 2018).

das seit 2017 vorläufige Anwendung findende CETA hierzulande aber erst spät im Jahr 2018. Was war passiert? Sowohl die damalige Kanzlerpartei SPÖ als auch – noch weitgehender – die damalige Oppositionspartei FPÖ hatten 2016/2017 die ursprüngliche Blaupause für den Investitionsschutz (Schiedsgerichte) zum Anlass genommen, um grundsätzliche Kritik an internationalen Handelsabkommen zu üben; ein Zugeständnis nicht zuletzt an globalisierungskritische Strömungen in der Bevölkerung parallel zur Diskussion um ein ähnliches Abkommen zur Handelsliberalisierung mit den USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP).

Beide Parteien verknüpften ihre Kritik mit direktdemokratischer (Abstimmungs-) Rhetorik. Schließlich wurde den zaudernden politischen Parteien das Heft ein Stück weit von Aktivist*innen aus der Hand genommen, die eine Ablehnung CETAs zum Gegenstand eines Volksbegehrens machten – und mit knapp einer halben Million Unterschriften einen Achtungserfolg erzielten. Nicht viel später „segnete“ eine Mehrheit im Nationalrat ein leicht modifiziertes CETA doch noch ab – nunmehr mit der FPÖ als Juniorpartner an der Seite der Kanzlerpartei ÖVP.¹¹

Es handelte sich bei dieser österreichischen Episode bei weitem nicht um die einzige Verzögerung: Der gesamte Prozess des Verhandeln, Ratifizierens und Implementierens gestaltete sich besonders aufwendig aufgrund der vielen potenziellen Vetospieler auf beiden Seiten des Atlantiks. Das CETA-Gezeter einzelner Akteure offenbarte mitunter ein erstaunliches wechselseitiges Unverständnis für föderalistische Abstimmungserfordernisse – die institutionelle Ähnlichkeit und ähnlichen Nöte des jeweils anderen blieben unberücksichtigt bzw. verdeckt (Interview Riedel 2021).¹²

3.3 Verteidigung und Wissenschaft

Fernab regierungspolitischer Konjunkturen trägt Österreich dem Status Kanadas als Mittelmacht in konventionellen Bahnen Rechnung: Das Vorhandensein eines Verteidigungsattachés in Ottawa ist die Pflicht, der Betrieb eines Kulturforums die Kür.¹³ Bereits 1981 wurde im Außenpolitischen Bericht des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten eine Grundkonstante benannt: "Neben der Außenpolitik im engeren Sinn ist die Außenwirtschaftspolitik zusammen mit der Auslandskulturpolitik

¹¹Wie im Falle des wenig später vorgelegten Abkommens der EU mit Japan wurde der Stolperstein der Schiedsgerichtsbarkeit überwunden, indem auf die Bedenken der europäischen Partner eingegangen wurde; das Regulierungsrecht der Staaten blieb garantiert.

¹²Eine wissenschaftliche Darstellung lag freilich frühzeitig für die inner-österreichische Verfasstheit vor (Kicker 1988).

¹³Die Republik Österreich ist gegenwärtig in knapp 30 Ländern mit einer solchen Visitenkarte vertreten.

einer der drei Grundpfeiler der österreichischen Außenpolitik" (Außenpolitischer Bericht 1981, 93).¹⁴

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Wissenschaftspolitik: In der Strategie zur Koordinierung der österreichischen Forschungs-Außenpolitik bilden die USA, China, Russland und Indien eine Gruppe mit zugewiesener „Priorität 1“, während Kanada im Kreis der Länder mit „Priorität 2“ befindet (Tiroler Tageszeitung 2016). Das Netz an wissenschaftlich-kulturellen Einrichtungen und Programmen ist vergleichsweise dicht: An einer Hochschule im mittleren Westen des Landes ist eines der Handvoll Österreich-Zentren angesiedelt, die es außerhalb Europas sonst nur in den USA und Israel gibt.¹⁵ Enge universitäre Bande werden unter anderem an den Universitäten Wien und Innsbruck (Zentrum für Kanada-Studien) gepflegt, unterstützt von Studienförderungsprogrammen und Möglichkeiten zum *faculty exchange*.¹⁶

4 Resümee

Dieser Beitrag gab einen Überblick über die österreichische Außenpolitik gegenüber den nordamerikanischen Staaten USA und Kanada. Dabei wurden signifikante Unterschiede herausgearbeitet. Die Beziehungen zwischen Washington und Wien sind die einer Supermacht und eines Kleinstaates. Trotzdem war Österreich, trotz mancher Unstimmigkeiten, für die Vereinigten Staaten ein im Kalten Krieg geschätzter Vermittler zwischen Ost und West. In den letzten Jahrzehnten hat Österreich für amerikanische Entscheidungsträger*innen immer mehr an Bedeutung eingebüßt.

Österreichisch-kanadische Beziehungen hingegen sind weniger hierarchisch und durch mehr Kontinuität gekennzeichnet. Beide Staaten legen hohen Wert auf Multilateralismus und den Einsatz verschiedener Formen von *soft power*. In den 1990er-Jahren waren beide Staaten wichtige Advokaten der menschlichen Sicherheit und der Anwendung dieses Konzepts auf Politikbereiche, die zuvor stark über nationale Sicherheit definiert wurden, wie Abrüstung und Rüstungskontrolle. Zwar zählt Kanada nicht zu den Prioritäten österreichischer Außenpolitik, aber sie ist doch eine „Restgröße“ (Höll 2002). Dem geografischen Riesen im Hohen Norden Amerikas wird durchaus eine herausgehobene Stellung beigemessen.

¹⁴Diese Schwerpunktsetzung kontrastiert ein bescheidenes Engagement im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit.

¹⁵Siehe <https://www.ualberta.ca/wirth-institute/index.html>.

¹⁶Eine vollständige Liste bilateraler Verträge (z. B. zu Fragen der wechselseitigen sozialen Absicherung von Bürger*innen oder Rechtshilfe) findet sich unter <https://www.bmeia.gv.at/oeb-ottawa/oesterreich-in-kanada/vertraege/>.

Weiterführende Literatur

Bischof, Günter, und Anton Pelinka, Hrsg. 1994. *The Kreisky Era in Austria*. New Brunswick, NJ: Transaction Publishers.

Dieser Überblick über österreichische Außenpolitik unter Kreisky (SPÖ) behandelt österreichisch-amerikanische Beziehungen an vielen Stellen.

McCormick, Thomas J. 1995. *America's Half-Century: United States Foreign Policy in the Cold War and After*. Baltimore, MD: Johns Hopkins University Press.

In den empirischen Kapiteln dieses Buches schreibt der Autor viel über US-Außenpolitik gegenüber Europa, Österreich inbegriffen.

Nossal, Kim Richard, Stéphane Roussel, und Stéphane Paquin. 2015. *The Politics of Canadian Foreign Policy*. Montreal: McGill-Queen's Press.

Dieses einschlägige Werk über kanadische Außenpolitik, mittlerweile bereits in der 4. Auflage erschienen, geht auch auf kanadische Außenpolitik gegenüber Österreich ein.

Pelinka, Anton, Günter Bischof, und Michael Gehler, Hrsg. 2017. *Austrian Foreign Policy in Historical Context*. London; New York, NY: Routledge.

Mehrere Kapitel in diesem Sammelband gehen auf die Beziehungen zwischen Österreich und den USA und auch zwischen Österreich und Kanada ein.

Literatur

APA. 2020. Kanadas Außenminister zu Besuch in Wien. *Salzburger Nachrichten*, 14. Oktober. <https://www.sn.at/politik/innenpolitik/kanadas-aussenminister-zu-besuch-in-wien-94207459>.

Aschheim, Daniel. 2022. *Kreisky and the Jews*. New Orleans, LA: UNO Press [im Druck].

Außenpolitischer Bericht. 1981. *Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten*. Wien: Österreichische Staatsdruckerei.

Bischof, Günter. 1999. *Austria in the First Cold War. 1945–1955: The Leverage of the Weak*. Basingstoke: Macmillan-St. Martin's Press.

Bischof, Günter. 2013. Of Dwarfs and Giants: From Cold war Mediator to Bad Boy of Europe. Austria and the U.S. in the Transatlantic arena (1990–2013). In *Austria's International Position after the End of the Cold War, Contemporary Austrian Studies*, Bd. 22, hrsg. von Günter Bischof und Ferdinand Karlhofer, 13–52. New Orleans, LA; Innsbruck: UNO Press; innsbruck university press.

Bischof, Günter. 2014. *Relationships/Beziehungsgeschichten: Austria and the United States in the Twentieth Century*. Innsbruck: StudienVerlag.

Bischof, Günter, und Martin Kofler. 2011. ‚Vienna, a city that is symbolic of the possibility of finding equitable solutions‘: John F. Kennedys Gipfeldiplomatie mit Freund und Feind in Europa im Mai/Juni 1961. In *Der Wiener Gipfel 1961: Kennedy – Chruschtschow*, Hrsg. Stefan Karner et al., 137–164. Innsbruck: StudienVerlag.

Bischof, Günter, und Hans Petschar. 2017. *The Marshall Plan since 1947: Saving Europe, Rebuilding Austria*. Wien: Brandstätter.

Calonego, Bernadette, und Katharina Mittelstaedt. 2020. Trudeau und Kurz: Ein Idealist, ein Realist, zwei Konzepte. *Der Standard*, 22. Februar. <https://www.derstandard.at/story/2000114863240/trudeau-und-kurz-ein-idealist-ein-realist-zwei-konzepte>.

- Department of State, Hrsg. 1993. *Foreign Relations of the United States, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis; Germany; Austria*. Washington, DC: Government Printing Office.
- Department of State, Hrsg. 1994. *Foreign Relations of the United States, 1961–1963, Bd. XVI: Eastern Europe; Cyprus; Greece; Turkey*. Washington, DC: Government Printing Office.
- Gehler, Michael. 2005. *Österreichs Aussenpolitik der Zweiten Republik, Bd. 2*. Innsbruck: StudienVerlag.
- Gilde, Benjamin. 2013. *Österreich im KSZE-Prozess 1969–1983: Neutraler Vermittler*. München: Oldenbourg.
- Hey, Jeanne A.K., Hrsg. 2003. *Small States in World Politics: Explaining Foreign Policy Behavior*. Boulder, CO: Lynne Rienner.
- Höll, Otmar. 2002. Außen- und Sicherheitspolitik. In *Europäisierung der österreichischen Politik. Die Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft*, Hrsg. Neisser, Heinrich und Sonja Puntscher-Riekmann, 369–395. Wien: WUV-Uni.
- Interview mit Botschafter a. D. Dr. Walther Lichem, 02. Juni 2021.
- Interview mit Botschafter a. D. Mag. Arno Riedel, 03. Juni 2021.
- Juncker, Jean-Claude. 2018. Rede von Präsident Juncker bei der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen am 05. Oktober 2018. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/SPEECH_18_6046.
- Kalvapalle, Rahul. 2018. Canada is Set to Sign onto the UN Migration Pact. Here's What You Need to Know *Global News*, 04. Dezember. <https://globalnews.ca/news/4728831/global-compact-on-migration-pact-un-explainer/>.
- Keene, Brandon. 2015. *A Crusade against the 'Cowboy'? Austrian Anti-Americanism during the Presidency of George W. Bush, 2001–2009*. MA thesis University of New Orleans. https://scholarworks.uno.edu/td/2090?utm_source=scholarworks.uno.edu%2Ftd%2F2090&utm_medium=PDF&utm_campaign=PDFCoverPages.
- Kicker, Renate. 1988. Föderalismus in der österreichischen Aussenpolitik. Initiativen der Bundesländer. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 17(2):133–144.
- McIntosh, David. 1996. Austrian Neutrality: In the Shadow of Giants. U.S. Policy toward Small Nations. The Cases of Lebanon, Costa Rica, and Austria in the Eisenhower Era. In *Austro-Corporatism: Past – Present – Future*, hrsg. von Günter Bischof und Anton Pelinka, 222–279. New Brunswick, NJ: Transaction.
- Moser, Peter. 2011. *Bewegte Zeiten: 40 Jahre im auswärtigen Dienst*. Innsbruck: StudienVerlag.
- Rathkolb, Oliver. 1995. Austria's ‚Ostpolitik‘ in the 1950s and 1960s: Honest Broker or Double Agent? *Austrian History Yearbook* 26:129–145.
- Rathkolb, Oliver. 1997. *Washington ruft Wien: US-Grossmachtspolitik und Österreich 1953–1963*. Wien: Böhlau.
- Reiter, Margit. 2011. Signaturen des 11. September 2001 in Österreich. In *Europa und der 11. September 2001*, hrsg. von Reiter Margit und Helga Embacher. Wien: Böhlau.
- Richter, Hannes. 2019. Through the Fog of History: Richard Nixon's Visits to Austria. *New Austrian Information*, Nov. 4, 2019. <http://www.austrianinformation.org/the-current-issue-salzburg/through-the-fog-of-history>.
- Robertson, Jeffrey. 2017. Middle-Power Definitions: Confusion Reigns Supreme. *Australian Journal of International Affairs* 71(4):355–370. <https://doi.org/10.1080/10357718.2017.1293608>.
- Schröck, Alexander. 2002. Die US-Perzeption Österreichs in der Détente- und Post-Détente-Ära. In *Mit anderen Augen gesehen: Internationale Perzeptionen Österreichs 1955–1990*, hrsg. von Oliver Rathkolb, Otto M. Maschke, und Stefan August Lütgenau, 35–86. Wien: Böhlau.
- Stourzh, Gerald. 1998. *Um Einheit und Freiheit: Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West Besatzung Österreichs*. Wien: Böhlau.

- Strutz, Andrea. 2011. Kanada hin und retour. Aspekte der Auswanderung aus Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg unter Berücksichtigung von temporären Migrationsverläufen. *Zeitschrift für Kanada-Studien* 31(1):36–55.
- Thunert, Martin. 2003. Akteure, Kräfteverhältnisse und Einflussgrößen im außenpolitischen Entscheidungsprozess Kanadas. In *Die Außenpolitik Kanadas*, hrsg. von Wilfried von Bredow, 53–81. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Tiroler Tageszeitung. 2016. Österreich sucht wissenschaftliche Kontakte zu Kanada. *Tiroler Tageszeitung*, 23. Oktober 2016. <https://www.tt.com/artikel/12168876/oesterreich-sucht-wissenschaftliche-kontakte-zu-kanada>.
- von Bredow, Wilfried. 2003. Der rasante Aufstieg einer Mittelmacht: Kanadas Außenpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg. In *Die Außenpolitik Kanadas*, hrsg. von Wilfried von Bredow, 13–36. Opladen: Westdeutscher.
- Wineroither, David. 2010. Hochschaubahn oder konzertierte Aktion? Majoritäre und konsensuale Aspekte der Politik in Kanada und Österreich. In *Themes in Canadian Studies from an Austrian Perspective*, hrsg. von Armin J. Kammel, Erhard Lick, und Govind Rao, 35–59. Wien: LIT.

Mag. Günter Bischof, MA, MA, PhD hat an der Universität Innsbruck Englisch und Geschichte studiert (1974–1982). Er ist der Marshall Plan Chair of History und Direktor des Center Austria an der Universität von New Orleans. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit amerikanischer und österreichischer Zeitgeschichte, vor allem mit dem Zweiten Weltkrieg und dem Kalten Krieg sowie im Besonderen mit den amerikanisch-österreichischen Beziehungen im 20. Jahrhundert, inklusive der Migrationsgeschichte.

Dr. David M. Wineroither ist Senior Research Fellow am Institut für Politikwissenschaft des Zentrums für Sozialwissenschaften und am Institut für Governance und Public Policy an der Nationalen Universität für öffentliche Verwaltung (jeweils Budapest). In Österreich ist er als Gastlektor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck tätig. Seine Forschungsschwerpunkte bilden die politischen Systeme Mitteleuropas und Nordamerikas, der Parteienwettbewerb in westlichen Demokratien und die vergleichende politische Ökonomie.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

